

NEUE NIDWALDNER ZEITUNG



vitra.
räber
 WOHNCENTER
 www.wohncenter-raeber.ch

Bachmann
 Selfie-Häsl

Erklärt Bossard-Präsident
 Thomas Schmuckli sagt, wieso es bei Bossard
 keinen Fall Sika geben wird. **15**

Das Fussballfest ist verschoben

BUOCHS red. Nichts wurde gestern Abend aus einem möglichen neuen Fussballfest auf dem Seefeld: Der Cup-Match zwischen dem lokalen 2.-Ligisten und Superligist St. Gallen musste um eine Woche verschoben werden, weil der Platz nicht bespielbar war. Im schlechtesten Fall für Buochs wird das Spiel nächste Woche nach St. Gallen verlegt.

23

Hürlimann will Verfahren stoppen

ZUG red. Der Zuger SVP-Kantonsrat Markus Hürlimann hat gestern an einer Medienkonferenz zur Sexaffäre Stellung genommen. Er sieht sich «total unschuldig», wie er gegenüber unserer Zeitung sagte. Dies würden die Zeugenaussagen bestätigen, die im Rahmen der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gemacht wurden. Nun will der Politiker das laufende Vorverfahren stoppen.

29

OSZE-Beobachter sieht Besserung

UKRAINE red. «Russland ist Teil der Lösung. Ein Schwarz-Weiss-Denken hilft uns nicht weiter», erklärt Alexander Hug, Vizechef der OSZE-Beobachtungsmission in der Ukraine, im Interview mit unserer Zeitung. Er berichtet von den Schwierigkeiten bei der Arbeit vor Ort, erkennt nun aber «erste positive Anzeichen» mit dem Abzug der Waffen von der Front.

3

ANZEIGE

ANGST-BEHANDLUNG?

ZahnarztTeamLuzern
 Wir verstehen Ihre Zähne
 Winkelriedstrasse 37 · 6003 Luzern
 Tel. 041 210 58 58 · www.ztl.ch

Bund soll Stechen von Schwan-Eiern erlauben



Maximal 20 Schwäne sollen sich auf der Allmend von Buochs und Ennetbürgen tummeln. Sind es mehr, will Nidwalden den Bestand durch Eierstechen regulieren. Das entsprechende Gesuch liegt nun beim Bund. Bild Corinne Glanzmann

21

Rassismuskorruption gegen Polizei

USA Die Polizei in Ferguson schikaniert Afroamerikaner gezielt. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht des US-Justizministeriums.

sda. Rund sieben Monate sind seit der Erschiessung des schwarzen Jugendlichen Michael Brown durch einen weissen Polizisten in der US-Stadt Ferguson vergangen. Nun wirft das US-Justizministerium der dortigen Polizei in

einem Untersuchungsbericht Rassismus und routinemässiges Schikanieren der mehrheitlich schwarzen Bevölkerung vor. Medien zitierten vorab aus dem Bericht, der erst heute veröffentlicht werden sollte, die mehrheitlich weisse Polizei, aber auch die Justiz hätten regelmässig Bürgerrechte verletzt und damit gegen die Verfassung verstossen.

93 Prozent aller Festnahmen

Schwarze seien in Ferguson überdurchschnittlich oft das Ziel polizeilicher Massnahmen gewesen. Ihr Anteil an allen Festnahmen zwischen 2012 und 2014 lag bei 93 Prozent, obwohl sie nur

zwei Drittel der Bevölkerung von Ferguson ausmachten. 85 Prozent der von der Polizei angehaltenen Autos wurden von Schwarzen gefahren, 90 Prozent der vor Gericht zitierten Personen waren Schwarze, und Gewalt wurde in 88 Prozent der Fälle gegen Schwarze angewandt.

Der weisse Polizist Darren Wilson hatte Anfang August 2014 den unbewaffneten 18-jährigen Brown erschossen. Eine Grand Jury aus überwiegend weissen Laienrichtern kam im November zum Schluss, der Polizist habe sich nichts zu Schulden kommen lassen. Das Urteil führte zu zahlreichen Protesten.

Kommentar 5. Spalte

9

KOMMENTAR

Es braucht Perspektiven

Der Tod von Michael Brown soll nicht ungesühnt bleiben. Dies versprach der amerikanische Justizminister Eric Holder – sinngemäss – letzten Sommer, als in der Kleinstadt Ferguson im Bundesstaat Missouri gewaltsam gegen die Erschiessung des Teenagers demonstriert wurde.

Der Demokrat hat Wort gehalten. Der gestern publizierte Untersuchungsbericht über die Arbeit der Stadtpolizei von Ferguson in den Jahren 2012 bis 2014 zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die mehrheitlich weissen Ordnungshüter im Vorort von St. Louis Afroamerikaner gezielt schikanierten. Dies sollte reichen, um eine umfassende Reform des Polizeikorps in die Wege zu leiten. Immerhin besteht nun die Chance, dass sich die Spannungen zwischen schwarzer Bevölkerungsmehrheit und weisser Machtelite legen.

Das eigentliche Problem ist damit aber nicht gelöst und wird das Land noch lange in Atem halten. Und die Rede ist hier nicht einmal von Rassismus. Das wahre Problem ist vielmehr die Gewalt, die gerade unter Minderbemittelten epidemische Züge annimmt. Allein in St. Louis wurden letztes Jahr 159 Menschen ermordet – das sind fast dreimal mehr, als in der ganzen Schweiz 2013 bei Tötungsdelikten starben – obwohl St. Louis bloss 319 000 Einwohner zählt. Drogen, kaputte familiäre Verhältnisse oder wirtschaftliche Ausweglosigkeit führen dazu, dass Morde für viele Amerikaner zum Alltag gehören.

Solange amerikanische Offizielle dieser Bevölkerungsgruppe keine Perspektive bieten, so lange bleibt die Sprache der Gewalt für viele Afroamerikaner und für viele Polizisten, die in gefährlichen Stadtvierteln Dienst leisten, das einzige Mittel, sich Gehör zu verschaffen.

RENZO RUF, WASHINGTON
 nachrichten@luzernerzeitung.ch



INHALT

Agenda	20	Rätsel	28	TV/Radio	16
Forum	28	Ratgeber	32	Wetter	32
Kultur	10/11	Todesanzeigen	30/31	Winterausflug	36/37

Redaktion: 041 618 62 70, Fax 041 610 65 10, www.nidwaldnerzeitung.ch, E-Mail: redaktion@nidwaldnerzeitung.ch, Inserate: 041 429 52 52, inserate@lzmedien.ch, Abonnemente: 041 610 50 80, Fax 041 429 53 83

ANZEIGE

Schöne Aktion

20%* auf das ganze Sortiment

Ab heute bis Samstag, 7. März

Im online shop sogar gültig bis Sonntag.

Keine Aktion verpassen! interio.ch/aktion

Abtwil, Contone, Dübendorf, Emmenbrücke, Etoy, Pratteln, Schönbühl, Spreitenbach, Suhr, Vernier, Villeneuve

interio